

P/AVIII/90

Bonn, den 13. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Hundert Jahre deutsche Geschichte ----- Die Sozialdemokratie als gestaltende Kraft	47
2	Das Ärgernis Blank ----- Mangelnde Selbstbeherrschung	42
3 - 4	"Organische" oder "mechanische"? ----- Schulen auf dem bayerischen Land	61
4	Zwei Millionen Worte ----- Waren sie umsonst gesprochen ?	31
5	Bayerische Millionäre ----- 5.000 Bürger verfügen privat über 2/5 Anteile, 10 Millionen Bürger über 3/5 Anteile des Vermögens in Bayern Von Josef Rothammer, MfL, Regensburg	52
6 - 7	Koalition mit beschränkter Haftung ----- Ein österreichisches Experiment Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	61

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Hundert Jahre deutsche Geschichte

### Die Sozialdemokratie als gestaltende Kraft

G.M. - Die Hundertjahrfeier der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover war die Bestätigung dafür, daß die Sozialdemokratie im politischen Raum unserer Nation die einzige unzerbrochene Kraft im Geschichtsbild der vergangenen hundert Jahre ist. Von 1863 bis 1963 ist ihre ideenreiche und das Leben der Nation erfüllende Existenz das Leitbild vor Millionen Menschen mehrerer Generationen geworden, die zu ihren Lebzeiten Gesellschafts- und Staatssysteme zerbrechen sahen.

Länderpartikularismus, Reichsgründung, das Kaiserreich, die erste deutsche Demokratie, das "Dritte Reich", zwei Weltkriege, die Teilung Deutschlands, Währungs- und Wirtschaftszusammenbrüche mit ihren gesellschaftspolitischen Folgen - n i c h t s hat die Deutsche Sozialdemokratie zu zerbrechen vermocht.

Während andere Nationen über viele Generationen hinweg geschichtliche Leitbilder bewahren konnten, mußte in diesem vergangenen Jahrhundert das deutsche Volk viele Male umlernen und versuchen, in der jeweils neu gegebenen Situation einen neuen Standort zu finden. Nur die Deutsche Sozialdemokratie hat es vermocht, sich stets zu verjüngen und, sich an neuen Aufgaben orientierend, über die Abgründe der Zusammenbrüche hinweg das leuchtende Leitbild einer demokratischen Gesellschaft und Staatsverfassung zu erhalten.

Das ist eine große historische Leistung, ein Werk von entscheidender Bedeutung, das wohl niemand besser als Dr. Kurt S c h u m a c h e r mit jener einem Zonenbefehlshaber gegebenen Antwort charakterisierte, als dieser meinte, es gäbe kein Deutschland mehr, da es keine deutsche Verfassung gäbe. Schumacher sagte damals: "Nun, dann ist eben vorläufig das Statut der SPD die deutsche Verfassung."

Aus Zeiten der Verfolgung und der Irrungen ist die Deutsche Sozialdemokratie immer wieder gestärkt hervorgegangen. Verlästert und verlacht in ihren Anfängen, gefürchtet und bedroht, als sie stärker wurde, gelobt und geachtet, als sie mitgestaltend das Leben der Nation formte und mit ihren Besten, besonders nach dem Zusammenbruch von 1945, sich schützend vor das von einer feindlichen Umwelt kollektiv verurteilte deutsche Volk stellte, wurde die Sozialdemokratie zur verbindenden Kraft zwischen den guten Traditionen der Vergangenheit und dem guten Willen unserer Tage.

Es gibt keine andere politische Partei in Deutschland, die solches vollbrachte, die so viele Impulse zu allen Zeiten der Nation gab. Als einzige politische Gruppe unseres Volkes konnte die SPD nach allen Systemwechseln und Zusammenbrüchen, stets unbefleckt von der Vergangenheit, mit gleichem Namen wieder auftreten. Sie ist dadurch ein Stück deutscher Geschichte geworden und die politische Repräsentanz des Teiles unseres Volkes, ohne dessen Mitwirkung kein Deutschland als demokratischer Staat existieren kann. Ihre Kraft findet die Deutsche Sozialdemokratie immer wieder in dem Gesetz, unter dem sie vor 100 Jahren angetreten ist und das auch heute noch seine Gültigkeit hat.

"Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie  
zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren."

## Das Ärgernis Blank

---

### Mangelnde Selbstbeherrschung

sp - Anlässlich der Haushaltsberatung um den Etat des Sozialministers Blank gab es im Bundestag stürmische Szenen. Der Minister antwortete auf die Kritik der SPD in seiner sattem bekannten Art, grobschlächtig und unbemerrcht zog er vom Leder. So war Minister Blank als Minister der Verteidigung, so bleibt er sich als Sozialminister treu bis zum heutigen Tag. Daran wird sich leider nichts mehr ändern, was nicht nur die SPD, sondern auch die CDU/CSU schon lange bedauern. In einem anderen Kabinett würde sich jeder Regierungschef das Überlegen.

Minister Blank hatte der SPD in seiner Antwort den Vorwurf gemacht, sie wüßte zum zweitgrößten Einzeletat (11,5 Milliarden DM) des Bundeshaushaltes nicht viel und wesentliches zu sagen. Nun, der Sprecher der SPD wies am Anfang seiner Rede **a u s d r ü c k l i c h** darauf hin, er werde nur ein paar Anmerkungen zum Etat und zur Amtsführung des Ministers machen. Eine Grundsatzdebatte sei nicht beabsichtigt. Zur letzteren gab es im Verlauf der vergangenen Monate ausreichende Gelegenheiten, sie anlässlich der Etatberatungen zu wiederholen, war kein Anlaß gegeben.

Die Schwerpunkte des Sozialetats bei 11,5 Milliarden DM sind das Kapitel "Sozialversicherung" mit den Zuschüssen des Bundes an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten und die knappschaftliche Rentenversicherung in Höhe von 7 Milliarden DM und dem Kapitel "Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen" in Höhe von rund 4 Milliarden DM. Also insgesamt 11 Milliarden DM.

Zum Kapitel "Sozialversicherung" wurde, als der Sozialbericht 1962 und die erste versicherungstechnische Bilanz dem Bundestag vorlag, im Dezember 1962 von der SPD-Bundestagsfraktion in aller Gründlichkeit und Ausführlichkeit dazu Stellung genommen. Die Auseinandersetzung um die "Neuordnung der Kriegsopferversorgung" ist in vollem Gange und wird in Kürze im Bundestag auf der Tagesordnung stehen. Die erste Lesung zum "Sozialpaket" klingt allen noch in den Ohren. Das alles jetzt während der Etatberatung nochmals anzuführen, lag nicht in der Absicht der SPD-Fraktion.

Die Anmerkungen des SPD-Sprechers, daß sich das Volumen des Sozialetats mit rund 11,5 Milliarden DM seit 1961 kaum verändert hat, während der gesamte Bundeshaushalt in gleicher Zeit

von 48,8 Milliarden DM auf 57,7 Milliarden DM angestiegen ist,

konnte auch Minister Blank nicht wegwischen. Und was die Amtsführung des Ministers angeht, so tragen die Anmerkungen des SPD-Sprechers leider ins Schwarze. Das mag für Herrn Blank ärgerlich sein. Doch das Ärgernis bietet er selbst. Seine Resonanz als Sozialminister hat bei der Mehrheit der Arbeitnehmer und der Kriegsopfer den Nullpunkt erreicht. Für den Sozialminister der Bundesrepublik stellt das kein gutes Zeugnis dar.

## "Organische" oder "mechanische"

### Schulen auf dem bayerischen Land

Rw. - Die durch eine Interpellation der SPD bewirkte Debatte über die Landschulen im bayerischen Landtag beweist, daß es immer noch altbayerische Eigenständigkeiten gibt, die dem zwanzigsten Jahrhundert trotzen. Seit Ludwig seinen unsterblichen "Josef Filser's Briefwechsel" veröffentlicht hat, ist sicherlich im freistaatlichen Parlament Bayerns manches anders geworden. Zur Betrübnis eines Kartenspielerklubs, der das landestümliche "Schaffkopfen" übt, wurde beispielsweise das Landtagsrestaurant hochmodern renoviert und sogar mit gepolsterten Stühlen ausgestattet.

Die erwähnte Debatte zeigte jedoch, daß dieser verwegene Modernismus sich nur auf die Innenarchitektur und keineswegs auf den Geist der Mehrheit dieses Parlaments bezieht. In Sachen Landschule war und bleibt man bestrebt, das "naturhaft Gewachsene" zu verteidigen. So nämlich erklärte der Geistliche Rat Lerch, als Sprecher der CSU, seine Opposition gegen die von Sozialdemokraten geforderten Mittelpunktschulen auf dem Lande. In Hessen hat man zwar ausgezeichnete Erfahrungen mit diesen Mittelpunktschulen gemacht und zweifellos das Niveau der Erziehung der ländlichen Bevölkerung gehoben. Aber frei nach Lerch ist diese Mittelpunktschule eben nicht naturhaft gewachsen. Sie sei vielmehr "mechanisch" die gute alte bayerische Landschule dagegen ihrem Wesen nach "organisch".

### Nachklang vergangener Zeiten

Wie es in den "organischen" allzuoft erstklassigen Schulen aussieht, das ist eine ganz andere Frage, scheint aber die bayerische CSU wenig zu kümmern. Sie träumt immer noch von den fernen Zeiten, da der Dorflehrer dazu da war, dem Ortpfarrer Hilfsdienste in- und außerhalb der Kirche zu leisten und dann gelegentlich den Dorfkindern auch einige rudimentäre Kenntnisse in Lesen und Schreiben beizubringen. Das wurde mit der Schulreform des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoffmann 1919 geändert. Doch Spurenelemente dieser patriarchalischen Ordnung kann man immer noch finden. Junglehrer und vor allem Junglehrerinnen können sich kaum dagegen wehren, wenn die Kinder bei der Kartoffelernte oder sonstigen Angelegenheiten von den Eltern entschuldigt werden, von der Ausstattung der Schulen ganz abgesehen. Ungeachtet der Strukturveränderungen auf dem Lande, wirken die konservativen - frei nach Lerch "organischen" - Vorstellungen noch immer nach, daß ein Minimum von Schulkenntnissen gerade genug sei. Die SPD dagegen meint, auch die Landkinder müßten nach Möglichkeit in achtklassige und gut ausgestattete Schulen gehen. Sie haben daher seit geraumer Zeit die Mittelpunktschulen gefordert.

"Nein" wollte allerdings auch die CSU nicht sagen. Sie meinte, nun ja, für die siebte und achte Klasse könne man ja sogenannte Verbandsschulen errichten. Dieser sorgsam gewählte Ausdruck soll unterstreichen, daß es keine "rote" Mittelpunktschule - sondern eine konfessionelle Schule solcher Gemeinden sein soll, die sich entschließen, einen Schulverband zu gründen. Zu diesem Zweck wurde vor über zwei Jahren ein Schulverbandsgesetz beschlossen, dessen Ausführungsverordnung ganze zwei Jahre später erlassen wurde. So eilig arbeitet man im bayerischen Kultusministerium.

Allen Ernstes wurde dabei von der CSU erklärt, eine gute Lösung wäre auch eine vierklassige Verbandsschule. Das wäre eine zeitnahe, zeit-

gemäße und zeitgerechte Schule für die bayerischen Landbewohner. Ja, und überhaupt müsse der Charakter der Bekenntnisschule gewahrt bleiben. Auch der die Bauern vertretende Großgrundbesitzer von Feury meinte, das weltanschauliche Interesse habe für die CSU stets den Vorrang.

Offenbar hatte man auch im bayerischen Landtag die Bemerkung des hessischen Kultusminister Schütte anlässlich eines Informationsbesuches der bayerischen SPD-Fraktion gelesen, die Mittelpunktschule habe sich dort leicht aufbauen und der Lehrermangel beheben lassen, weil man in Hessen nur Gemeinschaftsschulen kennt. Darauf wurden im Münchner Maximilianeum alle CSU-Pferde scheu. Nicht nur die Konfessionalität muß gewahrt bleiben und wenn die Wohltat zur Plage wird; nein, der CSU-Mann Dr. Arnold bekannte sich sogar zum - zweifellos ehrlichen - Mißtrauen gegen die "Bildungseuphorie", die heute Mode geworden sei.

Die Bildungseuphorie gehört nach der Meinung dieses Akademikers offenbar zur "mechanischen" Konzeption der bösen Sozialdemokraten, die da meinen, junge Leute sollten etwas lernen für ihren Lebensweg, auch wenn sie nicht alle die Universität besuchen können.

+ + +

#### Zwei Millionen Worte

Über zwei Millionen Worte wurden in 120 Plenarsitzungen auf der Genfer Abrüstungskonferenz gesprochen, haben findige Reporter ausgerechnet. Das ist gewiß ein ungewöhnlicher Rekord, der sich sehen lassen kann und der Zeugnis ablegt für die Geduld, Zähigkeit und Ausdauer der Verhandlungspartner. Viele werden sich fragen, was bei alledem an sichtbaren die Zukunft erhellenden Fortschritten herausgekommen ist. Die Bilanz ist mager, Zugeständnisse von beiden Seiten, den Amerikanern und den Russen sind kaum zu erkennen; der Auftrag der Vereinten Nationen an beide Weltmächte, Formeln für eine gleichzeitige und gleichwertige Abrüstung auszuarbeiten, ist immer noch unerfüllt. Dennoch legen beide Seiten Wert auf den Fortgang der Verhandlungen, und sie hüten sich, ein alle Brücken abbrechendes Nein zu sagen. Sie bleiben miteinander im Gespräch, lassen den Faden nicht abreißen. Und wenn es in Genf ganz düster wird, finden sich auf höherer Ebene die Beiden wieder zusammen, so zuletzt der USA-Außenminister Dean Rusk und der Sowjetbotschafter in Washington Dobrynin. Sie tauschten Memoranden aus über den gegenwärtigen Stand in Genf und ließen dabei ihre Bereitwilligkeit erkennen, die Abrüstungsverhandlungen weiterzuführen und den bisherigen Kapitel neue hinzuzufügen. Die zwei Millionen Worte dürften noch um einige Millionen bereichert werden.

Unmittelbare Erfolge sind wohl noch für lange Zeit nicht zu erwarten. Zu tief sitzen Argwohn und Mißtrauen auf beiden Seiten. Die Sowjetrussen haben sich zwar im Prinzip mit einem Inspektionssystem auf ihrem Boden bereit erklärt, doch wenn es um die Details geht, suchen sie nach Ausflüchten. Ohne Kontrolle hängt jede Abrüstung gewissermaßen in der Luft, wird und kann nicht zur Kenntnis genommen werden. Ist eine Sinnesänderung der Sowjets in dieser Richtung zu erwarten? Es sieht nicht so aus, ja es hat den Anschein, daß der Kreml sich gewisse Hoffnungen auf einen Zerfall der westlichen Welt macht und deshalb glaubt, kompromißlos bleiben zu müssen. Ohne Zweifel verfügen die Vereinigten Staaten dank ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit über den längeren Hebel, sie können die Folgen eines fortgesetzten Wettrüstens eher ertragen als die Sowjetunion, deren innere Schwierigkeiten sich kaum mehr verbergen lassen. Die Hoffnung der Sowjets wird sich als Fehlspekulation erweisen.

+ + +

## Bayerische Millionäre

Von Josef Rothammer, MdL, Regensburg

Das Bayerische Statistische Landesamt kostet - wie jede Behörde - ein schönes Stück Geld, dafür aber rechnet es das Geld auch wieder heraus. Infolge dieser Rechenleistung weiß man jetzt, daß sich die bayerischen Millionäre innerhalb drei Jahren verdreifacht haben. Gab es 1957 etwa über fünfhundert, so sind es 1960 genau 1.578 geworden.

Das ist nun schon wieder drei Jahre her, aber schneller ging das Ausrechnen in diesem Fall nicht, weil die Statistik warten mußte, bis die Steuerbescheide rechtskräftig und damit hieb- und stichfest wurden. Bei den reichen Leuten vollzieht sich das nicht so schnell wie bei einem Lohntüttenempfänger, dem die Steuer schon aus der Tüte genommen wird, bevor er diese in die Hand bekommt. Jedenfalls darf man unterstellen, daß sich die bayerischen Millionäre inzwischen schon wieder verdreifacht haben - dann wären es jetzt fast fünftausend -, weil die Jahre seit 1960 noch fetter waren.

Nun, seien wir nicht neidisch. Vermögen bedeutet zwar Sicherheit, aber nicht in jedem persönlichen Fall höchstes Vergnügen, besonders nicht mehr, wenn es in die Millionen geht. Dauernd auf Millionen obacht geben zu müssen, kann nervenmordend sein. Natürlich: lieber reich und gesund als arm und krank. Jedoch die Reichen sind nicht immer gesund.

Also es geht nicht um den einzelnen unter den geschätzten fünftausend jetzigen bayerischen Millionenbesitzer, sondern es geht um die Frage, was die Fünftausend unter der bayerischen Einwohnerschaft darstellen und darüber sagt das Statistische Landesamt, daß sie sage und schreibe 33 Prozent der bayerischen Vermögen repräsentieren. Wohlgemerkt handelt es sich bei der Statistik nicht um Gesellschaftsvermögen (Firmen usw.), sondern um persönlichen Besitz, so daß sich die Rechnung ergibt, daß den Fünftausend 2/5 der bayerischen Werte gehören, während sich die übrigen zehn Millionen Bayern in die restlichen 3,5 teilen müssen. Es ist im Augenblick noch nicht bekannt, wie hoch der bayerische Vermögensstand im abgelaufenen Jahr war. Vor drei Jahren, als die Statistik erst die einleitend angeführten 1.578 Millionäre auswies, belief sich das bayerische Gesamtvermögen auf ungefähr 13,5 Milliarden DM, von denen demnach den damaligen Millionären fünf Milliarden gehörten oder dem einzelnen durchschnittlich 3 1/4 Millionen. Auf die übrigen zehn Millionen Bayern entfiel ein durchschnittliches Einzelvermögen von 840 Mark.

Das muß man langsam nachrechnen. Der Tatbestand ist gesellschaftspolitisch nämlich recht bedenklich und gibt im übrigen sowohl den Forderungen der Gewerkschaften recht wie jenen des Mittelstands und denjenigen unserer Kleinlandwirtschaft. Die Gewerkschaften müssen sich angesichts solcher Zahlen wirklich sagen: warum keine Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer? Der Mittelstand kämpft sowieso um eine Ermäßigung seiner Steuerlast, um nicht allmählich von der Substanz leben zu müssen, und unsere vorwiegend Kleinbauern haben auch ihre guten Gründe, daß die Millionäre nicht auf Kosten der Allgemeinheit wachsen.

Das waren also jetzt nur die bayerischen Millionäre. An Ruhr und Rhein schwamm die Konjunkturwelle früher und stärker an. Wie wird die Statistik erst dort ausssehen? Anscheinend ist unsere Markt-, hauptsächlich aber unsere Steuervirtschaft doch nicht so sozial wie es der Bundeskanzler-Aspirant Erhard jahrelang der Öffentlichkeit einzutrichtern versuchte. Jedenfalls scheint es um der deutschen Wirtschaftszukunft willen geraten, allmählich auf andere Regierungspferde umzusatteln. Mehr Gerechtigkeit ..!

## Koalition mit beschränkter Haftung

### Ein österreichisches Experiment

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

In Österreich versucht man es jetzt mit einer neuen Form der Koalition. Die gegenseitige Bindung der beiden Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ, soll nur dann gelten, wenn es einem gefällt. Kann man sich jedoch in einer speziellen Frage absolut nicht einigen, dann kann jede der beider Parteien nach Ablauf einer gewissen Besinnungsfrist darin ihre eigenen Wege gehen, ohne daß deshalb die Koalition aufhört. Noch weiß niemand in Österreich, ob das eine Patentlösung ist oder der Anfang vom Ende der Koalition. Immerhin ist es ein Experiment.

Die Grundlage für dieses Experiment bildet das sogenannte Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ mit den erstmalig vereinbarten Bestimmungen über den "koalitionsfreien Raum". Der radikale "Reformer"-Flügel der ÖVP hatte die Koalition längst schon satt und hätte nun, nach dem Wahlerfolg der ÖVP vom 18. November lieber allein regiert, doch dazu langte es nicht. So bestand man auf einer neuen Form der Koalition, die ja in Wahrheit keine echte Koalition mehr ist, sondern eher, wenn man so sagen kann, eine Koalition mit beschränkter Haftung. Gerade in entscheidenden Fragen ist man nämlich nicht mehr an die Notwendigkeit, einen Kompromiß zu suchen, gebunden, sondern kann eine "Freie Mehrheitsbildung" anstreben.

### Eine Art Seitensprung

Man hat die österreichische Koalition schon oft mit einer Ehe oder auch "Verrunftehe" verglichen. Wenn man bei diesem Bild bleiben will, dann ist diese freie Meinungsbildung im koalitionsfreien Raum eine Art Seitensprung. Wenn auch so etwas schon einmal vorkommen kann, so ist es doch ungewöhnlich, ihn gewissermaßen im Ehevertrag bereits ausdrücklich vorzusehen.

Wie sieht das nun mit dem koalitionsfreien Raum im einzelnen aus? Zunächst gilt als Grundsatz, daß in der Regel alles weiterhin so bleiben soll wie bisher, nämlich Einstimmigkeit bei Beschlüssen von Regierungsvorlagen sowohl im Ministerrat als auch im Parlament. Das heißt:

Keine Kampfabstimmungen der ÖVP und SPÖ gegeneinander, sondern, wie bisher, vorheriges Einvernehmen auf der Grundlage einer bewährten demokratischen Kompromißbereitschaft.

Kommt aber ein solcher Kompromiß absolut nicht zustande - und das ist eben das Neue am Arbeitsübereinkommen -, dann kann nach Ablauf von drei Monaten von der ÖVP oder von der SPÖ im Parlament ein Initiativantrag eingebracht werden. Sodann haben die parlamentarischen Abgeordnetenklubs der beiden Regierungsparteien die Möglichkeit, sich miteinander über einen derartigen Initiativantrag innerhalb von weiteren fünf Monaten zu einigen.

Kommt auch dabei nichts heraus, so bewirkt eine "freie Mehrheitsbildung" ein Achtmonatkind der koalitionsfreien Gesetzgebung. Unter freier Mehrheitsbildung ist das "selbständige Vorgehen in zuständigen Ausschüssen und im Plenum des Nationalrates" zu verstehen oder etwas deutlicher ausgedrückt: das Zusammengehen bei der Abstimmung zwischen einer der beiden Regierungsparteien mit der FPÖ gegen die andere Regierungspartei.

#### Volksabstimmung vorgesehen

Gewisse Belange sind allerdings von vornherein der freien Mehrheitsbildung entzogen, und zwar alle jene, die das Budget belasten oder die Finanzen durcheinanderbringen. Desweiteren ist als eine Art von Korrekturmöglichkeit bei freien Mehrheitsentscheidungen im koalitionsfreien Raum vorgesehen, daß die dabei unterlegene Regierungspartei eine Volksabstimmung über das betreffende - inzwischen natürlich bereits beschlossene - Gesetz verlangen kann. Das Volk kann dann selbst entscheiden, ob das Gesetz Gültigkeit erlangen soll oder nicht. Man wird sich dann wohl sehr überlegen müssen, ob man die eigene Auffassung genügend populär formulieren kann, um nach freier Mehrheitsentscheidung im Parlament auch eine Volksabstimmung durchzustehen.

Das dürfte übrigens auch der Grund sein, weshalb die "Reformer" in der ÖVP an der Sache keine rechte Freude mehr haben. Der Generalsekretär der ÖVP, Dr. Hermann Wirthalm, hat sich - in Auflehnung gegen seinen Parteivorsitzenden und Bundeskanzler - jedenfalls geweigert, seine Unterschrift unter das Arbeitsübereinkommen zu leisten. Das hat zwar keinerlei Wirkung auf die rechtliche Gültigkeit des Abkommens, ist aber ein deutlicher Hinweis auf den inneren Zwiespalt in der ÖVP. "Wie soll man", fragt die sozialistische Betriebszeitung 'Welt der Arbeit', "eine fruchtbare und loyale Zusammenarbeit zwischen zwei immerhin sehr wesensverschiedenen Parteien erwarten können, wenn die eine Partei nicht einmal innerhalb ihrer eigenen Führung loyal zusammenarbeitet?"